



SPD-Fraktion *direkt*

Ausgabe 2015 | 34

20.11.2015

INHALT

ZUR LAGE 2

ZUR WOCHE 3

STÄRKUNG DER STAATSANWALTSCHAFTEN IST DIE RICHTIGE REAKTION 3

KLÖCKNER WILL IN SACHEN TRANSPARENZ DIE UHR ZURÜCK DREHEN 3

LAND SETZT AUF UMFASSENDES INTEGRATIONSKONZEPT 4

BEZAHLBARER WOHNRAUM FÜR ALLE IST GEMEINSCHAFTSAUFGABE 4

RLP-INTERESSEN BEI VERKEHRSMINISTERKONFERENZ GUT VERTRETEN 6

ZAHLEN UND FAKTEN 7

ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

SPD-Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz



ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

die barbarischen Terroranschläge von Paris haben uns alle tief entsetzt. Der Gedanke an die vielen Opfer und Verletzten lässt uns noch immer nicht los. Wir trauern mit den Angehörigen und Freunden.

Dieser Angriff richtet sich gegen uns alle, gegen unsere Art zu leben und gegen alles, für das wir in Europa hart gekämpft haben. Wir werden uns von diesen menschenverachtenden Verbrechern nicht einschüchtern lassen und diesen Terroristen geschlossen entgentreten. Unsere Freiheit werden wir verteidigen mit mehr Demokratie, mehr Offenheit und mehr Menschlichkeit, aber auch mit aller rechtsstaatlich gebotenen Härte.

In dieser schweren Stunde stehen Deutschland und Europa mit Frankreich zusammen. *„Die barbarischen Attentate in Paris waren ein Angriff auf die Werte und die Demokratie in Europa. Wir werden uns nicht von diesem feigen Terror unseren Alltag bestimmen oder gar politische Positionen vorschreiben lassen“*, betonte ***unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer***.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Alex Schweitzer', is written over a light blue horizontal line.

Alexander Schweitzer

ZUR WOCHE

Stärkung der Staatsanwaltschaften ist die richtige Reaktion

Als Reaktion auf die Anschläge in Paris hat **unser Justizminister Gerhard Robbers** angekündigt, die Strafverfolgungsbehörden in Rheinland-Pfalz um drei zusätzliche Staatsanwaltschaften zu verstärken. Die rasche Reaktion unseres Justizministers mache deutlich, dass die Landesregierung schnell, entschlossen und überlegt auf Krisensituationen reagiert, so unser rechtspolitischer Sprecher, **Heiko Sippel**. Die SPD-Landtagsfraktion steht hinter den geplanten Stellenerhöhungen. *„Es gilt jetzt mehr denn je, die Handlungsfähigkeit unserer Strafverfolger zu stärken. Mit der Schaffung neuer Stellen für den rheinland-pfälzischen Staatsschutz erhöhen wir die Schlagkraft unserer Strafverfolgungsbehörden im Bereich terroristischer Straftaten“*, erklärte **Sippel**. Die angekündigte personelle Stärkung der Landeszentralstelle Cybercrime in Koblenz werde außerdem dem Anstieg von Straftaten im Bereich der Cyberkriminalität gerecht. **Sippel** machte deutlich: *„Die Stellenerhöhungen sind auch als Signal an die Bürgerinnen und Bürger zu verstehen: Wir tun für Eure Sicherheit, was getan werden muss.“*

Klößner will in Sachen Transparenz die Uhr zurück drehen

Dass die CDU bereits eine Woche, nachdem der rheinland-pfälzische Landtag das neue Transparenzgesetz verabschiedet hat, die Rolle rückwärts ankündigt und mit dem Versprechen durchs Land zieht, dieses Gesetz wieder einkassieren zu wollen, ist bezeichnend für ihr Verhältnis zum Thema Transparenz und Bürgerbeteiligung. Wo immer wir uns in dieser Legislaturperiode für mehr Offenheit und Bürgerbeteiligung stark gemacht haben, hat die CDU sich dagegen positioniert – sei es bei der Transparenz der Nebeneinkünfte, der Absenkung der Quoren für Bürgerbegehren oder bei der Absenkung des Wahlalters für junge Menschen. *„Ihre Positionen sind schlichtweg aus der Zeit gefallen“*, kommentierte unser Obmann in der Enquete-Kommission „Bürgerbeteiligung“, **Martin Haller**, die jüngsten Äußerungen der CDU Fraktionsvorsitzenden zum Transparenzgesetz.

Der einfache und unkomplizierte Zugang zu Informationen ist eine Grundvoraussetzung für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am politischen Prozess. Die fortschreitende Digitalisierung ist ein Motor des Kulturwandels in öffentlichen Verwaltungen, wie er jetzt in Rheinland-Pfalz durch die rot-grüne Regierungskoalition angestoßen wurde. *„Wenn Frau Klößner diesen Prozess lapidar als ‚ins Internet stellen‘ bezeichnet, offenbart sie, dass für die CDU nicht nur Transparenz, sondern auch der Digitale Wandel offensichtlich Neuland ist“*, so **Haller**.

Angesichts der Zahlen, die die Oppositionsführerin im Zusammenhang mit der Einführung des Transparenzgesetzes in den Raum geworfen hat, stellt sich darüber hinaus die Frage, ob die CDU auch die Einführung der E-Akte verhindern will: Frau Klöckner spricht von angeblichen Kosten in Höhe von 40 Millionen Euro – diesen Betrag habe sie „nachgerechnet“. Wie diese Summe zustande kommt, bleibt sie schuldig. Fakt ist: Die Umsetzung des Gesetzes inklusive Transparenzplattform wird insgesamt rund 4 Millionen Euro kosten. *„Will Frau Klöckner also auch die Einführung der elektronischen Akte in rheinland-pfälzischen Behörden verhindern?“*, wunderte sich deshalb **Haller**. *„Klar ist: Die Kosten für die Umsetzung des Transparenzgesetzes dürfen nicht mit den Kosten für die Einführung der sogenannten elektronischen Akte vermengt werden, denn hier geht es um ein ganz anderes Projekt. Auch diese Kosten liegen im Übrigen unter dem Fantasie-Betrag von Frau Klöckner“*, stellte **Haller** klar.

Land setzt auf umfassendes Integrationskonzept

„Die rasche und gelingende Integration von hundertausenden Flüchtlingen in Deutschland ist eine Herausforderung, die Ihresgleichen sucht“, erklärte unsere integrationspolitische Sprecherin, **Ingeborg Sahler-Fesel**, angesichts der rheinland-pfälzischen Integrationskonferenz. Ob die Integration erfolgreich gestaltet werde, hänge nicht zuletzt davon ab, ob es bundes- und landesweit eine überzeugende Integrationsstrategie gebe, welche Maßnahmen und Einzel-Entscheidungen etwa in den Bereichen Sprachförderung, Arbeitsmarkt, Schule, Hochschule, Gesundheit, Wohnen und soziales Leben getroffen werden. Integrationspolitische Leitlinie müsse laut **Sahler-Fesel** dabei sein: *„Populistische, vermeintlich einfache Lösungen gibt es nicht; erfolgversprechend sind abgestimmte, realitätsnahe Vorschläge.“*

Sahler-Fesel betonte außerdem, dass das Land Rheinland-Pfalz und die sie tragenden Regierungsfractionen ihre Hausaufgaben gemacht haben und seit Ende 2014 ein Paket von Integrationsmaßnahmen auf den Weg gebracht haben, die zum Teil bereits umgesetzt wurden. Das Integrationskonzept beinhaltet unter anderem die Einrichtung oder Förderung von Koordinierungsstellen, Beschäftigungspiloten, Flüchtlingsnetzwerkern, Qualifizierungsangeboten etwa für Integrationslotsen sowie flächendeckende Sprach- und Orientierungskurse. Auf der Integrationskonferenz die verschiedenen Maßnahmen mit Vertreterinnen und Vertretern von Kommunen, Sportbünden, Hilfsorganisationen, Wohlfahrtsverbänden, muslimischen Verbänden, Kammern, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden zu beraten, sei genau richtig, findet **Sahler-Fesel**. *„Angesichts der großen flüchtlingspolitischen Herausforderung müssen alle Gruppen an einem Tisch wirken.“*

Bezahlbarer Wohnraum für alle ist Gemeinschaftsaufgabe

Die Sprecherinnen und Sprecher für Wohnungsbau und Stadtentwicklung der SPD-Fractionen des Bundestages, des Abgeordnetenhauses, der Bürgerschaften und Landtage sowie im

Europäischen Parlament stehen angesichts der aktuellen Debatten um die Unterbringung von Flüchtlingen zur gemeinsamen Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen, bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen.

"Wir begrüßen das Programm der Bundesbauministerin ‚Neues Zusammenleben in der Stadt‘, das den veränderten Lebensumständen in den Städten Rechnung tragen soll. Wir wollen den Kommunen mehr Spielraum für lokale Lösungen zur Erschließung von Bauland geben und das Miteinander von Wohnen und Leben, Dienstleistungs- und Gewerbebetrieben fördern", hob **Michael Groß**, wohnungs- und baupolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, zum Abschluss der zweitägigen Sprecherkonferenz hervor, die dieses Jahr turnusgemäß in Mainz stattfand.

Thomas Wansch, unser wohnungs- und baupolitischer Sprecher, ergänzte: *„Angesichts der weiterhin niedrigen Zinsen beabsichtigen wir in Rheinland-Pfalz Tilgungszuschüsse aus Landesmitteln in der sozialen Mietraumförderung einzuführen. Neben dem bekannten Instrument ‚Zinszuschuss‘ soll damit ein Investitionsanreiz geschaffen werden. Rheinland-Pfalz will gezielt die Regionen mit erhöhtem Wohnungsbedarf fördern.“*

Die Aufstockung der Kompensationsmittel für den sozialen Wohnungsbau der Länder um zusätzliche 500 Millionen jährlich durch den Bund ist ein wichtiges Zeichen, um den Wohnungsbau anzukurbeln. Um bezahlbaren Wohnraum bedarfsgerecht und zügig zu schaffen, müssen darüber hinaus jetzt schnell Entscheidungen getroffen werden, um mit geeigneten steuerlichen Anreizen und einer Zuschussförderung private Investitionstätigkeit anzuregen. Ende November wird das Arbeitsergebnis des „Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen“ auf der Bundesebene mit konkreten Vorschlägen zu den Themen Stärkung der Investitionstätigkeit in den Wohnungsbau und Bereitstellung von Bauland erwartet. Die wohnungs- und baupolitischen Sprecherinnen und Sprecher unterstützen die Bundesbauministerin Barbara Hendricks in ihrer Zielsetzung, die Baukostenentwicklung zu dämpfen und gemeinsam mit den Ländern nach neuen Förderrichtlinien und Förderinstrumenten zu suchen.

Neben der Schaffung von Wohnraum für alle geht es um das nachbarschaftliche Zusammenleben und den sozialen Zusammenhalt in den Quartieren. Die Gründung einer "Bundesstiftung Soziale Stadt" soll die politische Zielsetzung der SPD-Fraktionen, die "Soziale Stadt" als Leitprogramm für die soziale Integration zu verstehen und als ressortübergreifende Strategie umzusetzen, unterstützen. Damit sollen zusätzlich Mittel zur Verfügung gestellt und auch private Akteure in den Städten dafür gewonnen werden, in den Stadtteilen zu investieren und für ein gelungenes Zusammenleben zu kooperieren.

„Wir unterstützen die Idee einer Energiewende ‚von unten nach oben‘, das heißt aus den Quartieren heraus neue Ansätze zu entwickeln und zu fördern. Dabei spielt die Frage der Energiegewinnung, -speicherung und -versorgung ebenso eine Rolle wie die passgenaue Sanierung des Gebäudebestandes, ohne die Beteiligten finanziell zu überfordern. Genauso wichtig sind nachhaltige Mobilitätslösungen. Dabei wollen wir den Fußgänger- und Radverkehr

sowie öffentliche Verkehrsmittel stärker fördern", so die wohnungs- und baupolitischen Sprecher der SPD-Fraktionen. „Wir wünschen uns darüber hinaus starke städtische Wohnungsgesellschaften und Wohnungsgenossenschaften, die sich den neuen Anforderungen stellen und als Korrektiv auf dem Wohnungsmarkt wirken.“

RLP-Interessen bei Verkehrsministerkonferenz gut vertreten

Nach der Vorstellung der Ergebnisse der Verkehrsministerkonferenz in Worms durch **unseren Landesverkehrsminister Roger Lewentz** im Innenausschuss des Landtags sieht unser parlamentarische Geschäftsführer, **Carsten Pörksen**, die rheinland-pfälzischen Verkehrsinteressen im Bund gut vertreten: *„Roger Lewentz hat in seiner Funktion als Landesverkehrsminister dafür gesorgt, dass die Themen unseres Landes auf der Tagesordnung der deutschen Verkehrsminister stehen.“*

So fordern die deutschen Verkehrsminister beim Thema Tempo 30 nun eine deutliche Ausweitung der Möglichkeiten vor Ort im Sinne der Verkehrssicherheit. Zudem werde geprüft, entsprechende Anordnungen aus Lärmschutzgründungen zu erleichtern. *„Gerade das befürworten wir als SPD-Landtagsfraktion im Landtag schon lange“, so Pörksen.*

Begrüßenswert ist außerdem, dass Verkehrsminister Lewentz die Gelegenheit genutzt hat, auf Bundesverkehrsminister Dobrindt einzuwirken, damit er die Beschränkungspraxis der Bahn an Bahnübergängen noch einmal kritisch überprüft. Der schreckliche Unfall von Monzingen hatte dazu auch bei uns Anlass zur Diskussion gegeben.

Ein wichtiges Ergebnis für Rheinland-Pfalz ist darüber hinaus, dass sich die Verkehrsminister klar für den Fortbestand der Auftragsverwaltung ausgesprochen haben. Die Pläne des Bundes zu einer Verfassungsänderung lehnen auch wir ab. Nach den Plänen des Bundes sollen sich die Straßenbehörden der Länder nicht mehr um den Bau und die Wartung von Bundesautobahnen kümmern – hierdurch sehen wir Arbeitsplätze beim Landesbetrieb Mobilität gefährdet. *„Interessant war vor diesem Hintergrund heute die Position eines Vertreters der CDU-Landtagsfraktion, der sich offensichtlich der Linie des Bundesministers angeschlossen hat“, berichtete Pörksen.*

In Bezug auf die Regionalisierungsmittel für den ÖPNV sicherte **Pörksen** unserem Verkehrsminister die Unterstützung der SPD-Landtagsfraktion zu: *„Wenn es darum geht, den gefundenen guten Kompromiss gegenüber Bedenken einzelner Länder zu verteidigen, hat Roger Lewentz unsere volle Unterstützung.“*

ZAHLEN UND FAKTEN

5 FAKTEN

...zu Flüchtlingen in Rheinland-Pfalz

- 1. In Rheinland-Pfalz werden alle ankommenden Flüchtlinge tagesaktuell registriert** und im Easy-System erfasst.
- 2. Jeder Flüchtling wird erstuntersucht und geröntgt**, bevor er einer Kommune zugewiesen wird.
- 3. In Rheinland-Pfalz werden Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsstaaten nicht in die Kommunen verteilt**, sondern bleiben bis zum Verfahrensende in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen. Ausnahmen davon gibt es nur, wenn längerfristige Duldungsgründe aufgrund besonderer Härten vorliegen (z.B. Schwangerschaft oder schwere Krankheit).
- 4. Das für Asylverfahren in Rheinland-Pfalz zuständige Verwaltungsgericht Trier arbeitet bundesweit am schnellsten** und entscheidet in den Asyl-Eilverfahren **innerhalb von zwei Wochen**.
- 5. Rheinland-Pfalz hat in diesem Jahr bereits mehr Menschen in ihre Heimatländer zurückgeführt** (freiwillige Rückkehr und Abschiebungen) als das BAMF in Rheinland-Pfalz überhaupt **ablehnende Bescheide** erlassen hat.